

FOCUS vom 23.07.2022, Nr. 30, Seite 28 / ENERGIE

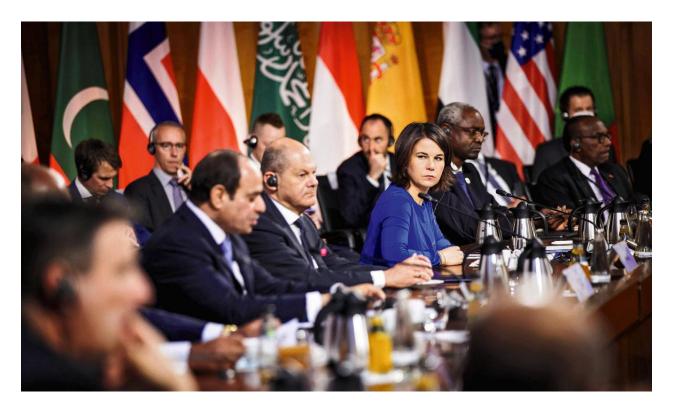
Politik

Von Windrädern und Luftschlössern

Ohne Windkraft wird Deutschland nicht klimaneutral. Doch die Technologie wird bekämpft, der Ausbau stagniert, ausgerechnet jetzt! Scheitert die Energiewende?



In der Verantwortung Bundesminister Robert Habeck ist qua Amt dafür zuständig, dass die Klimawende gelingt. Hier feiert er mit der Grünen-Fraktion das neue EEG-Gesetz, durch das erneuerbareEnergien schneller ausgebaut werden sollen Foto: Michael Kappeler/dpa



Petersberger Klimadialog Kanzler Scholz und Außenministerin Baerbock verfolgen die Rede von Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi in Berlin Foto: Janine Schmitz/imago

Olaf Scholz hält ein Plädoyer für die Erneuerbaren und reaktiviert Kohlekraftwerke

Für Jutta Reichardt ist es der Kampf ihres Lebens. Sie klagt und klagt und klagt, notfalls "bis zum Ende", sagt sie auf der Terrasse ihres Bauernhofs, umringt von Hühnern, Katzen und Gänsen. Ihre Gegner: bis zu 240 Meter hohe Windkraftanlagen. Im Umkreis von 15 Kilometern um ihr Haus stehen etwa 300 davon, drei Kilometer entfernt werden die nächsten fünf Anlagen gebaut. Für Reichardt und ihren Ehemann ist das nicht weniger als "eine Katastrophe". Vor fast drei Jahrzehnten sind die beiden in die Gemeinde Neuendorf-Sachsenbande in Schleswig-Holstein gezogen. Damals standen nur drei Windräder in der Nähe. "Unser Lebenstraum war ein Umfeld, wie wir es uns wünschen", sagt Reichardt. "Wir wollten ein eigenes Naturschutzgebiet aufbauen und die Natur erhalten." Daraus wurde nichts. 2008 gründeten sie dann den Verein "Windwahn" und brachten einen Bürgerentscheid gegen die Windkraft auf den Weg. Es folgten mehrere Petitionen und Verfassungsbeschwerden. Über ihren Verein rekrutieren sie auch heute noch neue Mitstreiter, die sich dann in den Gemeindevertretungen aufstellen lassen und dort gegen den Ausbau kämpfen. Nach eigener Aussage sollen sich mit ihrer Hilfe über 120 Bürgerinitiativen gegründet haben - viele hätten Erfolge gefeiert. Die Gegner der Windkraft sind bestens organisiert. Ihr Kampf gegen die Windmühlen ist auch ein Kampf gegen die ehrgeizigen Ausbauziele von Klima-Minister Robert Habeck und der rot-grüngelben Bundesregierung. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien fast verdoppelt werden. Schon in acht Jahren würden dann 80 Prozent des hierzulande verbrauchten Stroms aus Sonne, Wasser, Biomasse und eben Wind stammen. Sollte, könnte, würde. Beim Petersberger Klimadialog zeigte sich Olaf Scholz in dieser Woche kämpferisch. "Wir müssen raus aus Kohle, Öl und Gas", sagte der Bundeskanzler. "Unsere Devise lautet: Jetzt erst recht!" In diesen Tagen, in denen Deutschland trotz irrer Hitze vor Putins Willkür zittert, gehören die Erneuerbaren zu jenen wenigen Argumenten im Regierungsrepertoire, die Verzweiflung lindern und Hoffnung spenden sollen. Auf einen Winter in einer warmen ohnung. Ein gerettetes Klima. Eine neue, stolze Unabhängigkeit von den Despoten dieser Welt! Doch die Realität da draußen im Land sieht düster aus. Die Gasspeicher sind nicht voll genug. Der Ausstieg aus der CO2-Schleuder Kohle rückt in immer weitere Ferne. Und jetzt, gerade jetzt, da der Ausbau der Erneuerbaren richtig Fahrt aufnehmen müsste, weil der Strombedarf in den nächsten Jahren steigen wird mit all den E-Autos und Wärmepumpen - gerade jetzt wird schmerzhaft deutlich, dass sich der Umbau, freundlich gesagt, mühsam gestaltet. Scholz kann reden, Habeck sogar noch schöner, aber am Ende bleibt die einfache Frage: Baut ihr oder versagt ihr? Im ersten Halbjahr 2022 wurden gerade mal 238 neue Windräder installiert. Damit hat sich die Geschwindigkeit des Ausbaus im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sogar verringert. Im Moment ist weniger als ein Prozent der Fläche an Land zur Nutzung von Windkraft ausgewiesen, in zehn Jahren sollen laut Bundesregierung auf zwei Prozent Windräder stehen! Um das zu schaffen, müssten fünfmal so viele Anlagen gebaut werden wie im Moment.



Pioniere Eine Windkraftbaustelle im Landkreis Oder-Spree nahe Sieversdorf. Brandenburg landet im Bundesländer-Ranking auf Platz zwei Fotos: Patrick Pleul/dpa, Michael Kappeler/dpa

Kurzfristig geht es kaum voran

Energieökonom Andreas Löschel von der Ruhr-Universität Bochum mahnt zu Eile. "Wir sind gezwungen, diese Ausbauziele zu erreichen", auch wenn das aber am Rande dessen sei, was im günstigsten Fall als machbar erscheint. "In den nächsten ein bis zwei Jahren wird sich wohl nicht viel an der Dynamik ändern, dass der Windkraftausbau sehr langsam vorangeht, obwohl die Projekte sehr lohnend sind", fürchtet der Experte. Einer, der sich damit nicht abfinden will, ist Marcus Hartmund, Geschäftsführer des Bürgerwindparks Medelby, dem größten seiner Art in Schleswig-Holstein unweit der dänischen Grenze. Hartmund ist eigentlich ein wortkarger, freundlicher Mann, das perfekte Klischee des genügsamen Norddeutschen - heute aber, auf dem Spaziergang durch sein Revier, spürt man sogar einen Hauch von Freude. "Hier sind noch mal vier neue Windräder dazugekommen!", ruft der 54-Jährige und zeigt auf eine Reihe gigantischer Anlagen. Der Wind bläst, wie immer. "125 Meter bis zur Mitte des Rads", sagt Hartmund. Mit senkrecht stehendem Flügel sind die Räder sogar über 190 Meter hoch. Nah des Parks wurden in den Jahren 2014 und 2015 die ersten 27 Anlagen in Betrieb genommen. Die Nachfrage der Bürger, die sich mit ihrem privaten Geld beteiligen wollten, war so groß, dass man nach einer weiteren Fläche suchte. Solche Bürgerwindparks gibt es vor allem im Norden von Schleswig-Holstein. Im Rest der Republik sind sie faktisch kaum existent. Dabei ist das Konzept clever. Die beteiligten Bürger verdienen Rotation für Rotation an der Energiewende mit. Wer will, kann sich schon mit 1000 Euro einkaufen. Medelby 1 hat derzeit rund 360 Gesellschafter. Laut einer Umfrage der Agentur für ErneuerbareEnergien aus dem Jahr 2021 befürworten 83 Prozent der Bundesbürger den Ausbau der regenerativen Quellen. Dass die Energiewende nicht nur machbar, sondern eine Riesenchance ist, stellen Berater von McKinsey in ihrer Studie "Net-Zero Deutschland" aus dem vergangenen Jahr fest. Kernthese: Investitionen in Klimaschutz rechnen sich für Wirtschaft und Gesellschaft - Umstieg auf grüne Technologien eröffnet neue Märkte und Wachstumschancen. Eigentlich eine Binse. Aber wenn McKinsey das betont, ist es offenbar noch nicht bei allen angekommen.



» Wenn du wie Bayern gegen Wind und Netze bist, stehst du irgendwann ohne Strom da « Patrick Graichen Staatssekretär für Wirtschaft und Klimaschutz

Im Gegenteil. Noch immer wehren sich Gegner landauf, landab mit Dutzenden Argumenten. Da ist von Verschandelung oder auch "Verspargelung" der Landschaft die Rede. Da sind die Geräusche, störende Schatten. Da ist - vor allem - der Artenschutz der Umweltbehörden und Naturverbände. Sven Giegold, Staatssekretär in Habecks Ministerium, sagte vor einiger Zeit: "Sobald ein Rotmilan in einem Planungsgebiet auftaucht, kann dort im Prinzip nicht mehr gebaut werden." Ausgerechnet die Grünen brachten damit Teile der eigenen Anhänger gegen sich auf. Und dann gibt es auch noch Menschen, die gesundheitliche Folgen beklagen. Die klagefreudige Jutta Reichardt aus Schleswig-Holstein gehört dazu. Sie führt diverse Krankheiten auf die Windkraft zurück: Schlafstörungen, Bluthochdruck, Tinnitus, Nasenbluten und Schwindelanfälle. Sogar für ihre Krebserkrankung macht sie den lautlosen Infraschall der Anlagen verantwortlich. "Wir sind kerngesund aufs Land gezogen. Und dann sind wir hier krank geworden", sagt Reichardt. Wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse gibt es dazu nicht. Braucht Reichardt auch nicht. Für sie ist das ihre Wahrheit, die sie im Kampf gegen die Windkraft antreibt.

Sieben Jahre Planungsirrsinn

Doch nicht nur die expliziten Gegner der Windkraft verlangsamen den Ausbau. Auch die Bürokratie bremst das Megaprojekt der Bundesregierung. Allein die Planungszeit beträgt bis zu sieben Jahre. Hinzu kommt der Fachkräftemangel. Bis 2035 fehlten Hunderttausende Männer und Frauen, heißt es in einer Studie im Auftrag der Grünen - allen voran Elektriker, Kran-

Von Windrädern und Luftschlössern

und Lkw-Fahrer, Monteure, die in schwindelnder Höhe arbeiten können, Mitarbeiter in Büros und vor allem in den Behörden. An sehr windigen Tagen in Norddeutschland wird ein weiteres Problem sichtbar, denn dann stehen viele Windräder still. Es gibt zu wenig Netze, mit denen der Strom abtransportiert werden kann. 2700 Kilometer an Übertragungsnetzen, die einst bis 2035 geplant waren, müssen laut Deutscher Energie-Agentur schon 2030 fertig sein. Doch auch hier gibt es Widerstand gegen den Ausbau. Der Mann, der für all diese Probleme Lösungen finden muss, heißt Patrick Graichen - Mister Regenerative, Herr der Erneuerbaren. Der Staatssekretär in Habecks Ministerium ist dieser Tage ein besonders gefragter Mann. Mehrfach muss er das Gespräch am Dienstag dieser Woche verschieben. 12.30 Uhr. Doch lieber 17 Uhr. Nein, am besten 15 Uhr. Und ja, da sitzt er dann tatsächlich, auf die Minute pünktlich, in weißem Hemd auf einem schwarzen Sessel, und schaut nach oben in die Kamera. Das Gespräch findet als Videocall statt. Seit dem 15. Dezember ist Graichen im Amt - und wird nicht müde zu erzählen, dass Deutschland die Energiewende schaffen wird. Schaffen muss. Alternativlos, um es mit jener Frau zu sagen, die damals besser nach Alternativen gesucht hätte. Hat sie aber nicht, und so muss nun also dieser Mann so tun, als habe er einen genauen Plan und bewege sich mit jedem Tag weiter in Richtung Halleluja.



Ende trotz Wind Vanessa und Kai Kummerow sind arbeitslos. Windturbinenhersteller Nordex hat sein Werk dichtgemacht Fotos: Martin Pauer für FOCUS-Magazin, Marquard/Ruhr-Universität Bochum (RUB)

Wie stehen Sie zum Ausbau der Windkraft?

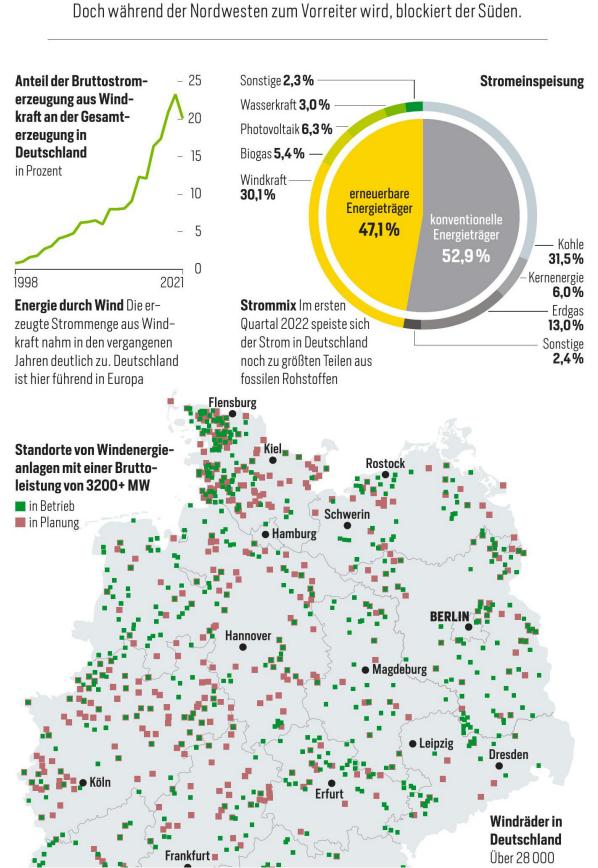
Schreiben Sie uns an leserbriefe@ focus-magazin.de

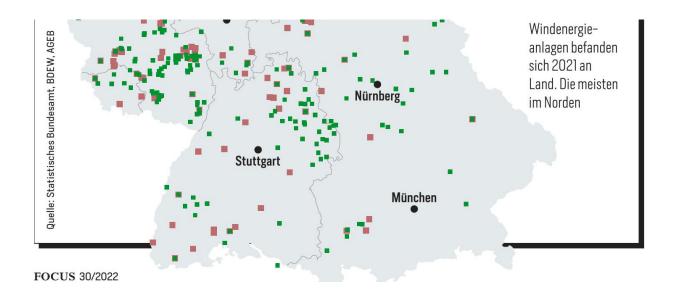


Nun ist es ja aber leider so, Herr Graichen, dass sich ausgerechnet in diesem verzweifelten Jahr die Ausbaugeschwindigkeit verlangsamt hat! "Klar, viel zu wenig", gesteht der Staatssekretär, "aber das liegt im Prinzip an zwei bottle necks." Flaschenhälse also. Graichen bringt gern ein paar englische Einsprengsel: bottle neck. Oder slack. Muss man googeln, heißt: Leerlauf. Oder auch "Don't you worry!". Kein Grund zur Sorge! Der 50-Jährige ist einfach schon so verdammt lang in der internationalen Szene der Erneuerbaren-Nerds unterwegs, da schleicht sich das ein. Dennoch erklärt er jedem Nixblicker die einfachsten Zusammenhänge ruhig, klar und geduldig. Die zwei Flaschenhälse: zu geringe Flächenausweisung und Dauer der Genehmigungsverfahren. Graichen will die Verfahren für Flächen- und Anlagengenehmigung künftig trennen. "Wenn die Flächen einmal genehmigt sind, soll die Anlagengenehmigung nur noch höchstens ein Jahr dauern." Aus sieben Jahren könnten so zwei oder drei werden. Bisher aber weigern sich vor allem die südlichen Bundesländer, Flächen auszuweisen. Zehn Jahre können sie sich damit laut Gesetz Zeit lassen, gefühlte Äonen, wenn selbst die Industrie nach mehr Ökostrom lechzt. Graichen sieht die gesetzte Frist dennoch entspannt: "Es ist ja nicht so, als würden wir bis 2032 einfach warten", sagt er, "wer bis 2024 keine Flächenplanung vorlegt, verliert seine Abstandsregeln." Das bedeutet: Wenn Bayern in zwei Jahren keine zwei Prozent benannt hat, wird die sogenannte 10H-Regel, wonach Windräder zehnmal so weit entfernt von bebautem Gebiet stehen müssen, wie die Anlagen hoch sind, vollständig fallen. 1172 Turbinen standen Ende 2020 in Deutschlands flächengrößtem Bundesland. Im viermal kleineren Schleswig-Holstein waren es dreimal so viele. Derzeit versucht die EU-Kommission außerdem, die Genehmigungsverfahren mit sogenannten Go-to-Gebieten zu vereinfachen, einer Art Wind-Vorrang-Gebiet. Bisher wird bei jedem einzelnen Windrad geprüft, ob es einen nistenden Vogel stört. Das fiele dann für die Goto-Gebiete weg. "Und dann muss man den Behörden bei den restlichen Verfahren sagen: vereinfachen! Es gibt jetzt feste Fristen! Und fertig", sagt Graichen. Derzeit sieht bei Windkraft alles nach Flaute aus, die Photovoltaik aber boomt. In der ersten Hälfte 2022 sind fast 40 Prozent mehr Anlagen gebaut worden als im vergangenen Jahr. Gerade in Bayern liebt man Solar. Könnte es also sein, dass die Republik zu einem gespaltenen Land wird: im Norden der Wind, im Süden die Sonne? Graichen zuckt die Schultern. "Kann man so machen", sagt er. "Aber dann braucht man viel mehr Stromleitungen. Die Energie muss transportiert werden! Wenn du wie die Bayern gegen Wind und gegen Netze bist, stehst du irgendwann ohne Strom da." Hinter Graichen hängen zwei Bilder der österreichischen Künstlerin Birgit Schweiger. Jugendliche vor Windrad und Jugendliche vor Solarpanelen. Wenig subtil, aber Graichen mag sie. Er hat sie vor ein paar Jahren auf einer Energie -wende-Kunstausstellung erstanden. "Es heißt, dass man die Landschaft als normal empfindet, die man als Kind erlebt", sagt er. "Heute malen Kinder Windräder in die Felder. Sie gehören dazu. Es sind vor allem die 50 plus, die sagen: Das gehört hier nicht hin. Eigentlich ein beruhigender Gedanke."

Faktenreport: Windenergie

Der Ausbau der Windkraft ist essenziell, wenn die Energiewende gelingen soll. Doch während der Nordwesten zum Vorreiter wird, blockiert der Süden.





Deutschland ist nicht konkurrenzfähig

Bisher aber bilden sich weiter Bürgerinitiativen, ziehen Gegner vor Gerichte, beharren Landesregierungen auf Abstandsregeln. "Es geht nicht mehr, dass sich Lokalpolitik, Landespolitik und die Unternehmen wegducken. Die müssen auch auf die Bürgerversammlungen gehen und klarmachen, dass sie den Strom aus den Erneuerbaren brauchen", sagt Graichen, "und sonst den Laden dichtmachen müssen." Wie schnell es gehen kann, dass der Laden dichtmachen muss, haben nun aber ausgerechnet jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren müssen, die bis vor Kurzem beim Windanlagenhersteller Nordex gearbeitet haben. Zack und Schluss. Vanessa Kummerow gehört dazu. "Es ist völlig absurd", sagt die 30-Jährige. "Endlich haben wir eine Regierung, die die Erneuerbaren pusht - und genau jetzt macht unser Arbeitgeber unser Werk dicht." Kummerow ist, vielmehr war, einer von 530 Menschen, die ihr Berufsleben dem Wind verschrieben hatten und nun arbeitslos sind. Ende Juni schloss der Konzern sein Rotorenblattwerk in Rostock, es war die letzte Produktionsstätte dieser Art in Deutschland. Noch im April demonstrierte die Belegschaft für den Erhalt, doch da stand das Aus längst fest. Dieses Ende ist ein Sinnbild für die Krise der deutschen Windbranche. Vor einigen Jahren hieß es bei Nordex, das Werk Rostock sei führend bei Qualität und Design. Heute gilt der Standort als nicht wettbewerbsfähig. Das Unternehmen machte Verluste, zuletzt 230 Millionen Euro. Also verlagerte es die Produktion in Regionen, die billiger produzieren: Indien, Türkei, Brasilien und Mexiko. Robert Habeck will die Mission Windkraft dennoch zum Erfolg führen. Ihm ist klar, dass deutlich mehr Windräder für viele Menschen "auch eine Zumutung" bedeuten, sagte er kürzlich und warnte vor "Widerständen, Sorgen und Ängsten". Ob Deutschland diese Hürden überwindet, entscheidet nicht nur über die Zukunft von Habeck und der Ampelkoalition. Es geht, auch aus Sicht der Wirtschaft, um nicht weniger als den Wohlstand dieser Industrienation.

TEXT VON FRANZISKA APFEL, MARC ETZOLD, BRUNO GAIGL, DANIEL HAUTMANN, FRANZISKA REICH UND MARTIN SENG

Bildunterschrift:

In der Verantwortung Bundesminister Robert Habeck ist qua Amt dafür zuständig, dass die Klimawende gelingt. Hier feiert er mit der Grünen-Fraktion das neue EEG-Gesetz, durch das erneuerbareEnergien schneller ausgebaut werden sollen Foto: Michael Kappeler/dpa

Petersberger Klimadialog Kanzler Scholz und Außenministerin Baerbock verfolgen die Rede von Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi in Berlin

Foto: Janine Schmitz/imago

Pioniere Eine Windkraftbaustelle im Landkreis Oder-Spree nahe Sieversdorf. Brandenburg landet im Bundesländer-Ranking auf Platz zwei

Fotos: Patrick Pleul/dpa, Michael Kappeler/dpa

Ende trotz Wind Vanessa und Kai Kummerow sind arbeitslos. Windturbinenhersteller Nordex hat sein Werk dichtgemacht Fotos: Martin Pauer für FOCUS-Magazin, Marquard/Ruhr-Universität Bochum (RUB)

Quelle:	FOCUS vom 23.07.2022, Nr. 30, Seite 28
Ressort:	ENERGIE
Rubrik:	Politik
Dokumentnummer:	fo3v-23072022-article_28-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU__394ec9c6db7459cc94062891d5f6e40f5b7d2bde

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH